

Kleine Anfrage

des Abg. Friedrich Haag FDP/DVP

**IM
MLW
FM**

Geplanter Umzug des Landeskriminalamts (LKA) innerhalb von Stuttgart

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie weit sind die Planungen für den angekündigten Umzug des LKA innerhalb Stuttgarts (unter Nennung eines konkreten Zeitplans) gediehen?
2. Welcher Platzbedarf wird für einen neuen LKA-Standort benötigt und wie viel davon entfällt auf die Neuerrichtung des Kriminaltechnischen Instituts (KTI)?
3. Wann ist frühestens mit einer vollständigen Aufgabe des Dienstbetriebs im derzeitigen LKA-Gebäude Taubenheimstraße 85 zu rechnen?
4. Welche Anschlussverwendung ist für das zukünftige ehemalige LKA-Gebäude in der Taubenheimstraße 85 vorgesehen?
5. Kommt für sie ein Verkauf des Grundstücks in Betracht, um es einer wohnungswirtschaftlichen Nutzung durch öffentliche oder private Bauträger zuzuführen?
6. Lässt der Bebauungsplan eine Wohnbebauung zu?
7. Steht sie in Kontakt mit der Stadt Stuttgart bezüglich einer Nachnutzung des LKA-Areals?
8. Welche baulichen, sicherheitstechnischen und stromtechnischen Maßnahmen ergreift sie noch für die Aufrechterhaltung der bisherigen Gebäudeinfrastruktur am Standort Taubenheimstraße 85 (bitte unter Darstellung des hierfür vorgesehenen Zeitplans)?
9. Welche Pläne gibt es für das Landesamt für Verfassungsschutz in der Taubenheimstraße 85a hinsichtlich eines Umzugs bzw. für eine andere Nutzung der jetzigen Immobilie?

27.9.2023

Haag FDP/DVP

Begründung

Im März 2021 hat die Landesregierung mitgeteilt (siehe entsprechende Presseberichte), dass das LKA „in den nächsten Jahren schrittweise innerhalb von Stuttgart umziehen soll“. Ein aktueller Pressebericht vom 4. September 2023 nennt 2025 als möglichen Baubeginn für einen ersten Neubau. Angesichts der Größe der bisherigen Liegenschaft im Stadtteil Bad

Cannstatt und der Wohnungsnot in der Landeshauptstadt ist es für die Stadtentwicklung von Bedeutung, ob hier in absehbarer Zeit Flächen für eine Wohnnutzung freiwerden. Des Weiteren ist zu klären, was mit dem benachbarten Gebäude des Landesamts für Verfassungsschutz geschieht.